

**Anfrage**

Öffentlich

Datum

3. Febr. 09

Nummer

895/09

Absender		
DIE LINKE. Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	17. Febr. 09	
Betreff		
<b>Kinderfeindliches Braunschweig?</b>		

Auf der Internetseite der Stadt werden – unter der Rubrik des Oberbürgermeisters – die strategischen Ziele 2007 – 2011 dargestellt. Unter der Überschrift „OB gibt Kinderbetreuung oberste Priorität, heißt es dort: [...Priorität Nummer eins hat bei Hoffmann jetzt erstmalig der Punkt Kinderbetreuung ("Junge Familien für wachsende Stadt"). Das Angebot als familien- und kinderfreundliche Stadt soll stark und nachhaltig weiter verbessert werden. "Die jetzt vorliegenden Ziele sind auch eine Reaktion auf die bundesweite demographische Entwicklung kommender Jahrzehnte", so der OB. "Wir wollen für Familien mit Kindern noch attraktiver werden und damit ein idealer Wohnplatz sein."..]

Doch von dieser Erklärung ist in der Stadt nur wenig zu spüren. Die nachfolgenden Beispiele belegen dies:

**- Kinderbetreuung durch Tagesmütter:**

Bei der Bezahlung der Tagesmütter empfiehlt der Bundesverband Tagespflege 5,50 Euro pro Kind und Stunde, das Tagespflegebüro Niedersachsen empfiehlt 5 Euro, das KiföG empfiehlt eine Vergleichbarkeit zu Tarifbeschäftigten. Die Stadt Braunschweig folgt diesen Empfehlungen nicht und zahlt 2,73 Euro. Dies bedeutet in der Realität nicht nur eine unwürdige Bezahlung der Tagesmütter, sondern auch zusätzliche Elternbeiträge. Anträge der Linksfraktion über eine Erhöhung auf 6 bzw. 6,50 Euro wurden in den letzten beiden Jahren von der „Oberbürgermeister-Mehrheit“ abgelehnt und selbst dem Antrag der Grünen, der nur eine schrittweise Erhöhung auf 4,50 Euro vorsah, war ein gleiches Schicksal beschieden. Gleiches gilt auch für alle Versuche, die Entgeltstaffel sozialer zu gestalten. Eine zum JHA am 3.2.09 angekündigte Vorlage über die Erhöhung der Kindertagespflegeentgelte wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**S.U.**

### **- Spielplätze**

Nach einer entsprechenden Anfrage der Linksfraktion hat die Verwaltung zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 27. November 2008 mitgeteilt, dass in den letzten 5 Jahren 75 Spielgeräte auf Braunschweiger Spielplätzen abgebaut und aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht ersetzt wurden. Die Kosten für die Ersatzbeschaffung dieser Spielgeräte betragen laut Verwaltung ca. 470.000 Euro. Ein Antrag der Linksfraktion zu Haushalt 2009 diesen Betrag in den Haushalt einzustellen und die Spielgeräte wieder aufzustellen, wurde von der „Oberbürgermeister-Mehrheit“ abgelehnt.

### **- Schulhöfe**

Zur Sitzung des Sport- und Grünflächenausschusses am 4.11.2008 teilte die Verwaltung mit, dass im Haushalt 2009 für die Ausstattung der Außengelände sämtlicher 38 Grundschulen lediglich 7.697 Euro im Haushalt 2009 zur Verfügung stehen. Daraufhin erfragte die Linksfraktion den Bedarf auf Braunschweigs Schulhöfen. Die Antwort der Verwaltung erging am 8.1.2009. Aus ihr geht hervor, dass auf den Schulhöfen der Braunschweiger Grundschulen in den letzten fünf Jahren 21 Spiel- und Freizeitgeräte abgebaut und aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht ersetzt wurden. Gleichwertiger Ersatz würde laut Verwaltung 110.000 Euro kosten. Darüber hinaus besteht laut Verwaltung ein Bedarf von weiteren ca. 30 Spiel- und Freizeitgeräten mit einem Kostenaufwand von rund 200.000 Euro.

### **- Schulkostenfonds**

Während sich andere Kommunen aktiv um gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung für alle Schülerinnen und Schüler bemühen, tat die Stadt Braunschweig nur wenig und überließ das Engagement reichen Mitbürgern und wohlthätigen Stiftungen. Dies wurde von vielen als Almosen verstanden – was es ja auch ist – und war somit nur bedingt erfolgreich.

**Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:**

- 1. Wann beabsichtigt die Verwaltung den Betrag für die Tagesmütter anzuheben?**
- 2. Erfolgt die Aufstockung in einer Höhe die Elternzuzahlungen zukünftig ausschließt?**
- 3. Wird auch in 2009 der Abbau der Spielgeräte auf Schulhöfen und Spielplätzen so wie bisher weiter gehen oder beabsichtigt die Verwaltung diesen Trend auch irgendwann zu stoppen?**

Udo Sommerfeld  
Fraktionsvorsitzender